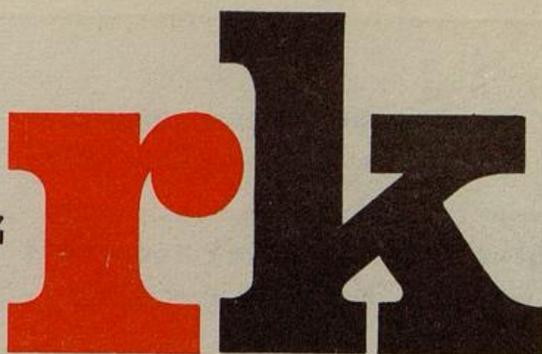


rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Dienstag, 13. März 1984

Blatt 536

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS
ausgesendet:
(grau)

Neues Zentrallager im Gaswerk Simmering

Kommunal:
(rosa)

Bausperre im 16. Bezirk
797 Wohnungen zur Förderung empfohlen
Terminübersicht vom 14. bis 21. März
Strafrichter besuchten Psychiatrisches
Krankenhaus

Politik:
(rosa)

Städtebund zum Finanzausgleich

Lokal:
(orange)

Rechter Donaudamm: Lagerhalle wird abgebrochen

Kultur:
(gelb)

Tage der Sakralmusik 1984

Nur
über FS:

Vollversammlung des Vereines für Geschichte
der Stadt Wien
Wie kommt man zur Messe?

.....
Bereits am 12. März 1984 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Neues Zentrallager im Gaswerk Simmering

=++++

11 #Wien, 12.3. (RK-KOMMUNAL) Ein neues Zentrallager im Gaswerk Simmering, das zwei große Lagerhallen umfaßt, wurde am Montag von Stadtwerke-Stadtrat Johann HATZL seiner Bestimmung übergeben.#

Der Magazinbetrieb der Gaswerke war ursprünglich in den Stadtbahnbögen in Döbling untergebracht, 1979 wurde aus Platzgründen mit der Planung eines neuen Zentrallagers auf dem Areal des Gaswerkes Simmering begonnen. Die beiden Hallen wurden Ende 1983 fertiggestellt. Im Jänner 1984 erfolgte die Übersiedlung. Die Kosten für die Errichtung der Hallen und für die Übersiedlung betragen insgesamt 21,5 Millionen Schilling. In den beiden Hallen sind 1.957 verschiedene Waren wie Rohre, Armaturen, Formstücke, Baumaterialien, Installationswerkzeuge usw. gelagert.

Stadtrat Hatzl hob in seiner Festansprache die Wichtigkeit der Energieform "Gas" hervor. Durch die Umstellung des Kraftwerksbetriebes von "Heizöl schwer" auf Erdgas wird es möglich sein, bis zum Jahr 1990 die Kraftwerksemissionen auf ein Sechstel des Wertes von 1982 zu senken. Auch für den Haushalt haben Gasheizungen große Bedeutung, sagte Hatzl. Mit Hilfe des Wohnungsverbesserungskredits, der für den Einbau einer Gasheizung von der Stadt Wien gewährt wird, ist es möglich, den Wohnkomfort in älteren Wohnungen anzuheben. In den nächsten zehn Jahren sind Investitionen in Milliardenhöhe geplant, die hauptsächlich der Wiener Wirtschaft zufließen werden, betonte Hatzl. (Schluß) ba/gg

NNNN

Rechter Donaudamm: Lagerhalle wird abgebrochen

=++++

2 Wien, 13.3. (RK-LOKAL) Sie ist - mit Ausnahme der Ölbehälter im Hafengebäude - die letzte Einrichtung, die dem Hochwasserschutz am rechten Donauufer im Weg stand: die ehemalige Lagerhalle flussabwärts des DDSG-Schiffahrtszentrums. Nun hat die DDSG mit dem Abbruch des Lagergebäudes begonnen, für den rechten Donaudamm wird Raum frei. Der Getreidespeicher, der sich ebenfalls im Hochwasserschutz-Bereich befindet, soll bestehen bleiben. (Schluß)
hs/ap

NNNN

Bausperre im 16. Bezirk

=++++

5 #Wien, 13.3. (RK-KOMMUNAL) Für das Gebiet zwischen Ottakringer Straße, Veronikagasse, Lerchenfelder Gürtel, Thaliastraße, Lindauergasse, Neulerchenfelder Straße und Johann-Nepomuk-Berger-Platz im 16. Bezirk soll eine zeitlich begrenzte Bausperre verhängt werden.#

Der Entwurf liegt in der Zeit vom 15. März bis 12. April während der Amtsstunden (Montag bis Freitag von 7.30 bis 15.30 Uhr sowie an den "langen Donnerstagen" bis 17.30 Uhr) in der Magistratsabteilung 21, Wien 1, Rathaus, Stiege 5, 2. Stock, Tür 413, zur öffentlichen Einsicht auf.

Für das Plangebiet erfolgt derzeit eine Überarbeitung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes. Angestrebt wird eine Reduzierung der baulichen Dichte, die Erhaltung der städtebaulichen Vielfalt, die Sicherung des örtlichen Erscheinungsbildes und die Ausweitung privater und öffentlicher Frei- und Erholungsflächen. Um diese Ziele nicht durch unerwünschte Bauführungen zu gefährden, wird die Verhängung einer Bausperre vorgeschlagen. (Schluß) ger/gg

NNNN

Tage der Sakralmusik 1984

=++++

6 #Wien, 13.3. (RK-KULTUR) Gemeinsam mit der Musikalischen Jugend Österreichs veranstaltet das Kulturamt der Stadt Wien auch heuer wieder die "Tage der Sakralmusik". Die Reihe läuft vom 6. bis 15. April.#

Sie bietet folgende Konzerte:

- o Freitag, 6. April, 19.30 Uhr, Konzerthaus, Mozartsaal: "Sakrale Musik und Tanz aus Indien" mit der "Kama Dey Indian Dance Company"
- o Sonntag, 8. April, 19 Uhr, Großer Konzerthausaal:
Johannes-Passion von J. S. Bach mit dem Bach Collegium Stuttgart und der Gaechinger Kantorei unter Helmut Rilling. Solisten: Arleen Auger, Julia Hamari, Peter Schreier, Philippe Huttenlocher und Jan Opalach.
- o Sonntag, 8. April, 19.30 Uhr, Großer Sendesaal des ORF, Werke von A. Bruckner, P. Hindemith und K. Rapf mit dem Neuen Wiener Vokalensemble '79 und dem Bläserensemble des Tonkünstlerorchesters unter Peter Altmann sowie Elisabeth Ullmann an der Orgel.
- o Dienstag, 10. April, 19.30 Uhr, Dominikanerkirche: Werke von J. S. Bach und H. I. Biber, Hans Haselböck, Orgel, und Eduard Melkus, Violine.
- o Sonntag, 15. April, 19.30 Uhr, Hofburgkapelle: Werke von H. L. Haßler, D. Buxtehude, G. Palestrina, J. S. Bach, F. Mendelssohn und A. Bruckner. Mit den Wiener Sängerknaben, dem Chorus Viennensis und Martin Haselböck, Orgel. Dirigent: Uwe Christian Harrer.

Karten für das Konzert am 8. April im Großen Konzerthausaal sind an der Konzerthauskassa erhältlich, für alle übrigen Konzerte im Büro der Musikalischen Jugend, 1, Bösendorferstraße 12, Montag bis Freitag 17 bis 19.30 Uhr.

(Schluß) gab/ap

NNNN

13. März 1984

"RATHAUSKORRESPONDENZ"

Blatt 541

797 Wohnungen zur Förderung empfohlen

=++++

8 #Wien, 13.3. (RK-KOMMUNAL) In seiner ersten Sitzung in diesem Jahr gab der Wohnbauförderungsbeirat unter dem Vorsitz von Stadtrat Ing. Fritz HOFMANN für insgesamt 797 Wohnungen positive Empfehlungen ab.#

(Schluß) ger/ap

NNNN

Terminübersicht vom 14. bis 21. März (1)

=++++

9 Wien, 13.3. (RK-KOMMUNAL) Für die Woche vom 14. bis 21. März hat die "RATHAUSKORRESPONDENZ" folgende Termine vorgemerkt:

MITTWOCH, 14. MÄRZ:

- 10.00 Uhr, Pressekonferenz Stadtrat Stacher im Wilhelminenspital, Eröffnung "Perinatologische Station"
- 14.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Verkehr und Energie
- 14.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Stadtentwicklung und Stadterneuerung
- 16.00 Uhr, Mika Spiljak - Eintragung ins Goldene Buch der Stadt Wien (Stadtsenatssitzungssaal)

DONNERSTAG, 15. MÄRZ:

- 9.00 Uhr, Enquete (Rathaus, Wappensaal) und
- 11.00 Uhr, Pressekonferenz Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER "Betreuung verhaltensgeschädigter Kinder und Jugendlicher" (PID)
- 9.00 Uhr, Enquete Stadtrat Stacher über medizinische Rehabilitation (Pensionistenheim Augarten, Wien 2, Rauscherstraße 16)
- 9.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Bauten
- 11.00 Uhr, Verleihung Ehrenmedaille in Gold an Prof. Norbert Pawlicki durch Bürgermeister Gratz, Rathaus, Steinsaal
- 12.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Kultur und Sport
- 15.00 Uhr, Verleihung Renner-Preise durch Bürgermeister Gratz (Rathaus, Stadtsenatssitzungssaal)
- 18.00 Uhr, Preisverleihung "Grün-Oscar" durch Stadtrat Schieder (Rathaus, Wappensaal)

FREITAG, 16. MÄRZ:

- 11.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Gesundheit und Soziales
- 11.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Umwelt und Bürgerdienst (Forts.) ger/ap

NNNN

Terminübersicht vom 14. bis 21. März (2)

=++++

10 Wien, 13.3. (RK-KOMMUNAL)

MONTAG, 19. MÄRZ:

- 9.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Bildung, Jugend und Familie
- 10.00 Uhr, Verabschiedung pensionierter Lehrer durch Bürgermeister Gratz (Wappensaal, Rathaus)
- 19.00 Uhr, Pressekonferenz Wiener Hafen (Holding)

DIENSTAG, 20. MÄRZ:

- 11.00 Uhr, Überreichung der Ehrenbürgerurkunde an Präsident Sallinger (Stadtsenatssitzungssaal)
- 11.30 Uhr, Pressekonferenz Bürgermeister Gratz (PID)

MITTWOCH, 21. MÄRZ:

- 15.00 Uhr, Überreichung der Nestroy-Ringe 1983 (Wappensaal, Rathaus)
- (Schluß) ger/ap

NNNN

Strafrichter besuchten Psychiatrisches Krankenhaus

=++++

11 #Wien, 13.3. (RK-KOMMUNAL) Richter des Straflandesgerichtes Wien unter Führung von Gerichtspräsident August MATOUSCHEK statteten Montag Nachmittag über Einladung von Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER dem Psychiatrischen Krankenhaus Baumgartner Höhe einen Besuch ab. Wie Stacher bei dieser Gelegenheit betonte, habe er die Richter zur Besichtigung des Krankenhauses eingeladen, um ihnen Gelegenheit zu geben, die Situation im Krankenhaus und die Fortschritte der Psychiatriereform durch eigene unmittelbare Wahrnehmung kennenzulernen. Anlaß dafür waren mehrere Prozesse gegen Pfleger im Psychiatrischen Krankenhaus gewesen. #

Laut Stacher kommt den Richtern bei solchen Prozessen die schwierige Aufgabe zu, bei angezeigten Mißhandlungen von Patienten sowohl die Unschuldigen vom Verdacht freizusprechen als auch die Schuldigen zu verurteilen. An der Führung, in deren Rahmen mehrere Abteilungen besichtigt wurden, und der Diskussion mit dem Stadtrat und den Verantwortlichen des Krankenhauses nahmen auch mehrere Staatsanwälte teil. Der Gesundheitsstadtrat betonte, daß man auch in Zukunft jeder Beschwerde gewissenhaft nachgehen werde. Einerseits müssen die Patienten mit allen Mitteln vor Übergriffen geschützt werden, andererseits diejenigen Angehörigen des Pflegepersonals, die zu Unrecht beschuldigt wurden, ein Recht auf volle Freisprechung haben.

Zwtl.: Menschliche Psychiatrie

Durch die Schaffung kleiner überschaubarer Einheiten und durch die gleichzeitige Personalvermehrung im Rahmen der Psychiatriereform sind die notwendigen Rahmenbedingungen für eine menschliche Psychiatrie geschaffen worden. So arbeiten gegenwärtig bereits über 1.800 Menschen im Krankenhaus, die ca. 1.600 Patienten betreuen. Im Vergleich dazu: Am Beginn der Psychiatriereform gab es 2.700 Patienten, die von einer weit geringeren Zahl von Ärzten und Pflegepersonal betreut wurden. (Schluß) zi/gg

NNNN

Städtebund zum Finanzausgleich (1)

=++++

12 #Wien, 13.3. (RK-POLITIK) Bürgermeister Leopold GRATZ in seiner Funktion als Präsident des österreichischen Städtebundes und Bundesrat Reinhold SUTTNER als Generalsekretär legten Dienstag im Rahmen des Bürgermeister-Pressegespräches die vergangene Woche vom Hauptausschuß des Städtebundes beschlossenen Forderungen an den Finanzausgleich 1985 vor.

Der Bürgermeister wies darauf hin, daß der Städtebund für einen Finanzausgleich eintrete, der paktiert, also in Verhandlungen mit Ländern und Gemeinden, erreicht werden könne. Wohl seien die Vertreter der Gemeinden nicht unterschriftsberechtigt, die politische Realität in den vergangenen Jahren habe aber gezeigt, daß paktierte Einigungen von allen Mitgliedsgemeinden anerkannt würden.#

Auf die allgemeinen Probleme des österreichischen Finanzausgleiches eingehend, würdigte Gratz, daß die Autonomie der Gemeinden weniger durch eine Vielfalt von Verfassungsrechten wie in anderen Ländern, sondern nur durch garantierte Einnahmen gesichert sei. Die zwischen Bund und Ländern abgegrenzten Aufgaben hätten sich allerdings in den letzten Jahren nur wenig verschoben. Dagegen sei der verbleibende Rest der Aufgaben immer Gemeindesache. Bedingt durch größere Freizeitansprüche und Maßnahmen für menschengerechtere Umwelt mache dies gewaltige Summen aus.

Darüber hinaus gebe es eine Reihe von Aufgaben - wie etwa die Sondermüllbeseitigung -, die vom Bundes-Gesetzgeber vorgeschrieben, aber von den Gemeinden finanziell getragen werden müssen. So sei in den letzten Jahren die unbefriedigende Situation entstanden, daß die Gemeinden bei dynamischer Aufgabenentwicklung eine statische Einnahmenentwicklung hinnehmen mußten, erklärte Gratz. (Forts.)
rö/gg

NNNN

Städtebund zum Finanzausgleich (2)

=++++

13 Wien, 13.3. (RK-POLITIK) Die Forderungen an den Finanzausgleich 1985 sind:

1. Wiederherstellung des bei Abschluß des FAG 1979 paktierten Abgabenteilungsverhältnisses.

Der Bund hat sich in der Finanzausgleichsperiode 1979 bis 1984 durch einseitige steuergesetzliche Maßnahmen außerordentliche Mehreinnahmen verschafft, ohne die Gemeinden adäquat zu beteiligen.

2. Voller Ersatz für den Entfall der Gewerbesteuer nach dem Kapital, und zwar aufkommensneutral für jede einzelne Gemeinde.
3. Aufteilung der gemeinschaftlichen Bundesabgaben auf Bund, Länder und Gemeinden nicht mehr getrennt nach einzelnen Steuern, sondern in Form eines prozentuellen Anteils am gesamten zur Verteilung gelangenden Ertrag dieser Abgaben. Vor allem infolge des geringen Anteils der Gemeinden am Aufkommen aus der Umsatzsteuer und des hohen Anteils am Aufkommen aus der veranlagten Einkommenssteuer in Verbindung mit der unterschiedlichen Aufkommensdynamik dieser beiden Steuern geht der Anteil der Gemeinden an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben tendentiell zurück.
4. Stärkere Berücksichtigung der unterschiedlichen Aufgabenstellung. Der abgestufte Bevölkerungsschlüssel, der unter Bedachtnahme auf die unterschiedliche Aufgabenstellung eine bedarfsorientierte Verteilung bewirken soll, hat im Laufe der Zeit durch verschiedene nivellierende Maßnahmen stark an Bedeutung verloren. Zur Deckung des zusätzlichen Bedarfes, der aus den unterschiedlichen Aufgaben erwächst, die sich insbesondere aus der räumlichen Funktion, dem Konzentrationsgrad und dem Ausmaß der wirtschaftlichen Tätigkeit ergeben, ist u.a. die Wiederherstellung eines tatsächlichen Spannungsverhältnisses von 1 : 2 unerläßlich. (Forts.) rö/ap

NNNN

Städtebund zum Finanzausgleich (3)

=++++

14 Wien, 13.3. (RK-POLITIK)

5. Beseitigung der Landesumlage.
Verhandlungen im Zusatzübereinkommen des Finanzausgleichspaketes 1979 waren in Aussicht genommen. Die Ersatzforderungen der Länder wurden durch das Maßnahmenpaket 1983 jedenfalls zum Teil erfüllt.
6. Abschaffung der im FAG enthaltenen und als Übergangsregelung gedachten Sonderbestimmungen.
7. Beseitigung der nicht mehr gerechtfertigten Befreiung von der Gewerbesteuer.
8. Finanzausweisungen für Gemeinden mit Bundes- und Landesdienststellen analog der öBB-Gemeinderegelung als Ausgleich für den Entgang an Lohnsummensteuer.
Begründung: Abgeltung der Infrastrukturleistungen.
9. Herstellung einer umsatzsteuerähnlichen Konstruktion der Getränkesteuer und der Abgabe von Speiseeis.
10. Vereinheitlichung des Hebesatzes bei der Grundsteuer.
11. Verringerung der Diskrepanz zwischen Einheitswerten und Verkehrswerten bei der Bemessung der Grundsteuer.
12. Übertragung der in § 14 FAG zu ausschließlichen Gemeindeabgaben erklärten Abgaben in das freie Beschlußrecht der Gemeinden (§ 7 Abs. 5 F-VG).
13. Ermächtigung für die Gemeinden zur Besteuerung von nicht entsprechend ausgenütztem Wohnraum im Rahmen des freien Beschlußrechtes.
14. Regelung von gemeinschaftlichen Finanzierungen für bestimmte Schwerpunkte der öffentlichen Aufgabenerfüllung, wie z.B. Nahverkehr, Krankenanstalten, Wasserver- und -entsorgung. Hierbei soll eine vollständige Abgeltung der den Trägern dieser Einrichtungen für andere Gebietskörperschaften entstehenden Kosten erreicht werden. (Forts.) rü/ap

NNNN

Städtebund zum Finanzausgleich (4)

=++++

15 Wien, 13.3. (RK-POLITIK)

15. Finanzielle Mittel für die Stadterneuerung.
16. Abgeltung des Aufwandes von Statutarstädten für Bezirksverwaltungsbehörden, es soll eine Gleichstellung mit jenen Gemeinden, für welche die Länder die Bezirksverwaltungsagenden wahrnehmen, erfolgen.
17. Erhöhung und Dynamisierung der Zweckzuschüsse und Finanzzuweisungen des Bundes.
18. Verbesserung des Schutzes vor einseitigen Veränderungen des Finanzausgleiches durch verfassungsgesetzliche Verankerung sowie Schaffung analoger Bestimmungen auf Länderebene zum Schutze der Gemeinden.
19. Vom Bundesministerium für Finanzen wurde eine Steuerreform angekündigt.

Es ist schon jetzt zu fordern, daß die Reformpläne so ausgeführt werden, daß sich für jede einzelne Gemeinde ein wertneutraler Ausgleich ergibt, d.h. die einzelne Gemeinde dadurch hinsichtlich der Steuereinnahmen insgesamt keine Schlechterstellung erfährt.

Jedweder Versuch eines weiteren Abbaues der Gewerbesteuer bzw. einer Abschaffung der Lohnsummensteuer muß von Seiten der österreichischen Gemeinden auf das entschiedenste zurückgewiesen werden. Auch die bisher bekanntgewordenen Überlegungen bei der Grunderwerbsteuer und der Getränkesteuer sind aus der Sicht des Städtebundes abzulehnen.

20. Maßnahmen im Rahmen des "landesinternen" Finanzausgleiches und die damit verbundenen finanziellen Verflechtungen zwischen Land und Gemeinden sind transparent zu machen.

(Forts.) rö/ap

NNNN

Städtebund zum Finanzausgleich (5)

Utl.: Diskussionen um die Niederösterreichische Landeshauptstadt

=++++

16 Wien, 13.3. (RK-POLITIK) Auf die Frage nach möglichen Auswirkungen, die eine eigene niederösterreichische Landeshauptstadt auf den Finanzausgleich haben könnte, meinte Bundesrat SUTNER, echte Auswirkungen könne es nur geben, wenn eine neue Hauptstadt - ähnlich Brasilia - aus dem Boden gestampft werde. Gratz ergänzte dazu in Wirklichkeit müßten alle übrigen niederösterreichischen Gemeinden zittern, da im Falle einer Hauptstadtgründung die Mittel des landesinternen Ausgleiches wohl auf Jahre hinaus dafür verwendet würden. Zusätzlich meinte der Wiener Bürgermeister, daß eine niederösterreichische Landeshauptstadt wohl auch ein Landeskrankenhaus mit Universitätskliniken besitzen werde. Damit könnte sich Wien jährlich rund 600 Millionen Schilling ersparen, die bisher für die Versorgung niederösterreichischer Patienten aufgewendet werden. Gratz sagte außerdem, er habe wohl seine private Meinung über die verkehrspolitische und regionalpolitische Sinnhaftigkeit einer eigenen Hauptstadt für Niederösterreich, wolle aber einem anderen Bundesland keine Ratschläge geben.

Zur Frage einer möglichen Wiederezusammenlegung Wiens und Niederösterreichs meinte Wiens Bürgermeister, wirtschaftliche, verkehrspolitische und Raumordnungsfragen würden eher dafür, die etablierte Verwaltungsstruktur eher dagegen sprechen. Diese Diskussion erachte er aber als verfrüht, schloß Gratz. (Schluß)
rö/ap

NNNN